

ten, insofern angehängt wirkenden, Abschnitt liefert *Schmädeke* einen kompakten, logisch und historisch stimmigen Überblick der Transitionsforschung. Dabei finden sich keine überflüssigen oder langatmig formulierten Abschnitte; alles hat Hand und Fuß und wird laufend in Verbindung miteinander gesetzt – eine Freude für Leser/innen, die einen Gegenstand nicht nur kennenlernen, sondern gedanklich durchdringen möchten. Auch sprachlich, orthographisch (abgesehen von einigen Defiziten der Kommasetzung) und graphisch erleichtert der Text den Zugang zur Problematik. Vor allem aber überzeugt der Autor durch seine Fähigkeit, Leitideen, Zusammenhänge und Brüche zwischen den unterschiedlichen Forschungs-Phasen herauszuarbeiten.

Soll die Transitionsforschung als aktuelles analytisches Potenzial wahrgenommen und genutzt werden, so muss sie sich allerdings auch aktuellen analytischen Herausforderungen stellen. Hiervon ist in *Schmädekes* Buch leider keine Spur zu entdecken. So wird die Problematik einer externen, unter Umständen durch kriegerische Intervention forcierten Demokratisierung (Irak-Problematik, Grundsatz-Problematik humanitärer Interventionen) überhaupt nicht berührt; auch fehlt jede Idee dazu, wie denn die – anfangs unter dem Stichwort der Relevanz benannten – Regime-Umbrüche im arabischen Raum analysiert werden könnten. Etwa am Beispiel Syriens zeigt sich aber schlagend, dass einfache Politikkonzepte linearer Systemtransformation von einem autoritären Regime via demokratische Opposition zur Demokratie, wie sie die aktuelle Außenpolitik der westlichen Länder immer noch dominieren, hochgradig unterkomplex und damit irre-

führend sind. Es wird höchste Zeit, politische Transitionsprozesse, gerade hinsichtlich prozessualer Beziehungen zwischen unterschiedlichen autoritären Formationen (im Zeichen starker islamistischer Kräfte) in komplexerer Weise zu analysieren. Hierfür können historische Grundlagen der Transitionsforschung einen Ausgangspunkt bilden.

Volker von Prittwitz

### Sammelrezension

Bukow, Sebastian. *Die professionalisierte Mitgliederpartei. Parteien zwischen institutionalisierten Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit*. Wiesbaden. Springer VS Verlag 2013. 317 Seiten. 39,95 €.

Siri, Jasmin. *Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form*. Wiesbaden. Springer VS Verlag 2012. 282 Seiten. 34,95 €.

Höhne, Benjamin. *Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien. Parteien in Theorie und Empirie*. Opladen, Berlin, Toronto. Verlag Barbara Budrich 2013. 449 Seiten. 49,90 €.

Korte, Karl-Rudolf und Jan Treibel (Hrsg.). *Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland. Sonderband der Zeitschrift für Politikwissenschaft 2012*. Baden-Baden. Nomos 2012. 289 Seiten. 34,00 €.

Wissenschaftliche Fortschritte werden – nicht nur in der Parteienforschung – gewöhnlich dadurch erzielt, dass entweder Forschungslücken geschlossen, bereits geklärte Dinge mit anderen Au-

gen betrachtet oder neue Untersuchungsmethoden eingeführt werden.

*Sebastian Bukow* betritt mit seiner Studie „Die Professionalisierung der Mitgliederpartei“ nicht nur empirisch Neuland, sondern bedient sich dabei auch einer neuen organisationstheoretischen Sichtweise. Er nimmt die bislang noch nicht systematisch untersuchte Gruppe der besoldeten Parteiangestellten in den Blick, die zusammen mit den gewählten Parteiliten die „party in central office“ konstituieren. Um die Zielgruppe zu erfassen, führte er neben Leitfaden-Interviews mit zwölf Spitzenvertretern der Berliner Parteizentralen eine standardisierte Online-Befragung von 167 Mitarbeiter/innen der Bundes-, Landes- und Bezirksgeschäftsstellen von SPD, FDP, Grünen und Linken (Rücklauf: 47,7 %) durch. CDU und CSU verweigerten sich der Befragung. Die statistische Datenaufbereitung erfolgte deskriptiv und varianzanalytisch.

Im Parteiapparat erblickt *Bukow* eine „steuerungswillige Leitagentur“, welche einer elektoralen „strategisch-organisatorischen Zentralisierung und Professionalisierung“ unterliege. Hierdurch würden sich Parteien „selektiv“, „sanft“, „partiell“ und „intelligent“ zentralisieren, wenngleich „mit nur eingeschränkten Möglichkeiten des Durchsternens“ (81,84). Vor diesem Hintergrund geht er der Frage nach, inwiefern Parteiangestellte bei ihrem Organisationsverständnis paradigmatisch eher das Leitbild „Mitglieder-/Mitgliedschaftsorientierung“ oder das der „Professionalitäts-/Wählerorientierung“ präferieren (215ff). Abgeleitet werden diese Alternativen aus einer organisationstheoretisch hochinteressanten Einleitung. Hierin setzt sich *Bukow* partiell vom Modell der lose verkoppelten Anarchie ab und nimmt an, dass eine zu-

nehmend zentralisierte, professionalisierte und strategische steuerungsfähige „party in central office“ der „Anarchie entgegenwirkt“ (69). Organisationstheoretisch stellt er dabei eine Verbindung zum klassischen „bürokratisch-rationalen“ Ansatz her, dem er den „neoinstitutionellen“ organisationssoziologischen Ansatz konträr gegenüber stellt. Dem elementaren Vorwurf des neoinstitutionellen Ansatzes, dass das rationale Organisationsparadigma aus „Rationalitätsmythen“ bestehe und mit „Legitimitätsinszenierungen“ einhergehe, weiß *Bukow* seine Gegenthese, Parteien bildeten organisatorisch „im gewissen Umfang durchrationalisierte Systeme“ (50) nicht wirklich überzeugend entgegenzuhalten. Dies schon deshalb nicht, weil er sich die neoinstitutionelle Sicht zu eigen macht, nach der formale Organisationsstrukturen als Folge nichtdeterministischer „rechtlicher und kulturell-normativer Umwelterwartungen“ zu deuten sind (35). Ein detaillierter Statutenvergleich der Bundestagsparteien kommt zu dem Ergebnis, dass Parteien „institutionelle Vorgaben“ und „normativen Druck“ „zumindest symbolisch, nicht zwingend organisatorisch“ verarbeiten und dabei nach „Legitimationsgewinn“ streben (282f).

Was das Selbstverständnis des Parteiapparats angeht, bringen die interviewten Spitzenvertreter unverhohlen ihren professionellen Steuerungsanspruch sowohl in Kampagnen- als auch in politischen Gestaltungsfragen zum Ausdruck (191-95). Geschäftsstellenmitarbeiter zeigen sich da bescheidener. Sie sehen zwar den alltäglichen Parteibetrieb durch neue Kommunikationstechnologien und -medien stark verändert und anpassungsbedürftig, ohne sich deshalb als dienende „Mittler und Werber für das partei- und gesellschaftspolitische

Anliegen“ (223) mit einem elektoral-professionellen Organisationsleitbild zu identifizieren (275). Im Gegenteil halten sie das Leitbild der Mitgliederpartei hoch. Für direktdemokratische Vorstandswahlen und Mitgliederentscheide tritt die Gruppe indessen nur zögerlich ein und bewertet die durch Parteireformen erwarteten Partizipations- und Attraktivitätssteigerungseffekte skeptisch. Dies lässt für *Bukow* auf einen gegenüber der institutionellen Erwartungsumwelt konformen symbolischen Charakter der Parteireformen schließen (244), ohne der Parteibasis de facto mehr Einfluss einräumen zu wollen. Insofern würden Parteien „proklamatorisch und normativ-paradigmatisch am Modell der Mitgliederpartei festhalten“ (278), während sie tatsächlich zur „Fiktion“ gerate und der „Mythologisierung“ anheimfalle (254).

Leider treibt *Bukow* seine neoinstitutionelle Schlussfolgerungslogik nicht bis zu der Frage fort, inwiefern die professionell-rationale Selbstbeschreibung der Parteimitarbeiter als „Dienstleister mit Führungs- und Steuerungsanspruch“ (287) nicht ebenfalls Blendwerk ist und eine weitere Facette der Selbstmythologisierung bildet. Die Organisationsforschung politischer Parteien verdankt *Bukow* gleichwohl außerordentlich anregende und weiterführende Impulse, wobei das organisatorische Zusammenspiel zwischen neoinstitutionellen, rationalen und lose gekoppelt-anarchischen Elementen gründlicher zu klären wäre.

Das von *Jasmin Siri* verfasste Buch „Parteien. Zur Soziologie einer politischen Form“ wurde ursprünglich 2011 unter dem Titel „Partei und Mitglied – Formwandel politischer Organisation“ als Dissertation an der LMU München eingereicht. *Siri* überrascht

den Leser mit der These, dass es eine „aktuelle Parteiensoziologie“ nicht gäbe (12). Gerade die „empirische Analyse der Parteiorganisation“ bilde seit 1946 eine Forschungslücke (95). Die politische Soziologie habe sich nach dem Zweiten Weltkrieg „wenig“ mit den Parteien befasst und deren Erforschung bis heute hin „weitgehend der Politikwissenschaft überlassen“ (72). Hieraus leitet sie für ihre Studie das ambitionierte Unterfangen ab, „eine Leerstelle der politischen Soziologie – die Untersuchung von Parteiorganisationen und Parteimitgliedschaft – zu füllen und die Parteienforschung um eine explizit soziologische Perspektive zu ergänzen“ (12). Sie nimmt sich hierfür die politikwissenschaftliche Krisen-debatte vor und glaubt, mit einer „historisierenden Interpretation und De-konstruktion der Krisendiagnosen der Parteiorganisation und Parteimitgliedschaft“ eine „aktuelle Parteiensoziologie“ konstituieren zu können (13).

Unwidersprochen können Ausgangsthesen und Anlage der Untersuchung von *Siri* nicht bleiben, zumal sie den Beitrag Otto Stammers und seiner zahlreichen Schüler/innen zur Grundlegung einer Parteiensoziologie ignoriert und sie bei gründlicherer Sichtung der Parteienliteratur den hohen parteiensoziologischen Anteil nicht hätte übersehen können. Womit sich eine Parteiensoziologie befasst, welche Fragen sie aufwirft, was sie leistet und welcher Forschungsmethoden sie sich bedient, bleibt, obgleich dies anderswo nachlesbar gewesen wäre, eine Leerstelle.

Um die Parteienkritik und den Krisendiskurs textanalytisch zu rekonstruieren, bedient sich *Siri* der Diskurstheorie, Systemtheorie und Begriffsgeschichte (15). Für sie lässt sich systemtheoretisch

funktionsanalytisch die Kommunikationsstruktur der Krisendiagnosen verfremden und infrage stellen. Laut *Siri* kreist der thematisch konstante Krisendiskurs und die Kritik an den Parteien auf normativer Kommunikationsebene um Demokratiedefizite, die mit Reformvorschlägen verbunden werden. Als Ausgangspunkt der Kritik nennt sie unerfüllte Wunschvorstellungen nach unmittelbarer Demokratie, denen die „Faktizität der Organisation“ entgegenstehe (135f). Die Parteiorganisationen selbst verarbeiteten die Kritik durch „Semantiken der Offenheit und Partizipation“, was „die Reproduktion der Organisation [...] ermöglicht“. Daraus ergibt sich für *Siri* funktionsanalytisch der Schluss, dass Parteienkritik und Krisendiskurs Parteien erlaube, bei allem äußeren Wandlungsdruck existenzsichernd „weiterzumachen, wie ‚bisher‘“ (142). Die Kritik sei „dazu verurteilt, ihren Beitrag zur Erhaltung dessen, was sie kritisiert, zu leisten“ (254).

Im zweiten Hauptteil untersucht *Siri*, wie „Parteien durch organisationalen Wandel mit der gesellschaftlichen Entwicklung umzugehen“ versuchen (151). Ihre Antworten stützt sie auf 23 zwischen 2006 und 2010 durchgeführte Interviews mit Parteimitgliedern, Mitarbeitern und Politikberatern, die sie mit ihren Erzählungen als „Experten“ für „organisationale Selbstbeschreibung“ betrachtet (28). Gerade beim Stichwort Parteimitgliedschaft bringt *Siri* durch narrative Interviews in Erfahrung, wie Parteimitglieder die Mitgliedschaft per Selbstbeschreibung biografisch in Erzählform bringen. Statt einer festen „organisationalen Identität“ als Mitglied oder Partei wird dabei eine „Multiplizierung“ an Mitgliedschaftsrollen und Parteigegegenwarten sowie eine breite „Thematisierung von

Widerspruch und Rollenkonflikten“ ersichtlich (211,218). Mit diesem Befund schließt *Siri* an die Parteimitgliederforschung an, für die „Akteursvielfalt“ konstitutiv ist.

*Benjamin Höhne* verbindet seine Untersuchung „Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments“ mit der Problemstellung, dass Kandidatenaufstellungen innerparteilich nach bestimmten Auswahlfaktoren erfolgen, die mit den Außenanforderungen an Parlamentarier und politisches Führungspersonal kollidieren könnten (20-25). Die daraus resultierende, empirisch erkenntnisleitende Frage, ob Parteien gegenüber gewandelten Qualifikationsanforderungen anpassungsfähig sind oder in ihren selbstbezogenen Binnenzwängen verharren, findet durch Befragung eine Klärung. Im Fokus steht der Kandidatenaufstellungsprozess von Bewerberinnen für die Europawahlen 2009. Grundlage hierfür bildet ein theoretisch weit aufgeklärter mehrdimensionaler, kategorialer und analytischer Bezugsrahmen, der der empirischen Rekonstruktion und Erklärung des Selektions-„Outputs“ von Kandidaten im Hinblick auf Regelmäßigkeiten im Zusammenspiel von „Rahmenbedingungen, Verfahren, Strukturen, Auswahlkriterien, Akteurshandeln und Ergebnissen“ (31) dient. So wie *Höhne* auf breitester Literaturbasis externe und interne Faktoren der Kandidatenaufstellung erschöpfend erfasst, aufschlüsselt und in sein umfassendes Analyseschema einordnet (51–111), stellt dies eine exzeptionelle Bilanzierung des Forschungsstands und eine imponierende Integrationsleistung dar. Einerseits bettet er die Kandidatenrekrutierung in ein Angebots-Nachfrage-Modell ein, wobei er Ämterbewerberinnen der Nachfrageseite zuschlägt (102f). Andererseits werden auf der

Angebotsseite die innerparteilichen Auswahlakteure nach Selektoren (Vor-entscheider) und Elektoren (Letztentscheider) unterschieden (64ff), was der Rekrutierungsforschung eine ausgesprochen fruchtbare Perspektive eröffnet.

Der empirische Teil der Dissertation basiert auf einer quantitativen schriftlichen Befragung von 1556 Personen und 45 weiteren Personen, mit denen qualitative Interviews durchgeführt wurden. Neuland betritt *Höhne*, indem er beide Seiten, sowohl die Bewerber/innen als auch die auswählenden Delegierten (Elektoren), auf den jeweiligen Nominierungsparteitagen befragt. Die statistische Datenauswertung erfolgt nach Kriterien empirisch-analytischer Sozialforschung. Wie vor diesem Hintergrund *Höhne* behaupten kann, sich mit seiner Studie methodologisch an die RC-Theorie (102f) und den akteurszentrierten Institutionalismus (110f) anzulehnen, lässt sich nicht nachvollziehen.

Anhand eines Längsschnittvergleichs aller EP-Kandidatenaufstellungen 1979-2009 kann *Höhne* eine verbesserte Anreizstruktur bei der Nachfrage nach EP-Abgeordnetensitzen feststellen. Das Europäische Parlament entwickle sich zum Sprungbrett eines direkten politischen „Karrierpfads“ (162f), „dominiert vom Typus des flexiblen Karrieristen“ (321). Nach dem Verhältniswahlrecht stellen die Parteien bei der Kandidatennominierung Bundeslisten auf. Vorab muss eine nach Listenplätzen gereichte Kandidatenvorschlagsliste ausgehandelt werden, was den Eliten auf der Bundes- und Landesebene als „Akteure der zentralen Vorentscheidungsarena“ und „zentrale Selektoren“ (195) eine Schlüsselrolle zuspield. Aufschlussreich ist dabei, dass sowohl die befrag-

ten Mandats-Aspiranten als auch die Elektoren den Selektoren auf der Vorentscheidungsarena den größten Einfluss zusprechen (248ff).

Die Befragungsbefunde ergeben überdies, dass sich die Elektoren bei der Kandidatenauswahl, eher an Ämter- und außenbezogene Anforderungen als Selektionskriterien orientieren (288). Die Spannung zwischen Außen- und Binnenselektionskriterien bei der Kandidatenrekrutierung sieht *Höhne* deshalb eher bei den Elektoren aufgelöst, während den vorgelagerten Selektoren eine „Binnenfokussierung und Vernachlässigung der Außenkriterien“ vorgehalten werden müsse (316). Auch eine abschließende Regressionsanalyse bestätigt, dass für den Aufstellungserfolg von Aspiranten persönliche Eigenschaften statistisch nicht signifikant sind (310). Insgesamt bringt *Höhne* die Kandidatenaufstellung als wichtigen Zweig der Binnenerforschung politischer Parteien mit seinem umfassenden analytischen Bezugsrahmen und differenzierten zielgruppenspezifischen empirischen Befragungskonzept einen wichtigen Schritt weiter.

Der von *Karl-Rudolf Korte* und *Jan Treibel* herausgegebene Sonderband 2012 der Zeitschrift für Politikwissenschaft (ZPol) erweckt mit dem Titel „Wie entscheiden Parteien?“ Erwartungen, die nur sehr begrenzt eingelöst werden. *Jan Treibel* geht es in seiner Einleitung „kursorisch“ und „schlaglichtartig“ um den Forschungsstand und um „theoretische Zugänge“ zur innerparteilichen Willensbildung. Sie wird in gängiger Form nach inhaltlichen und personellen Entscheidungen sowie Entscheidungsorten aufgeschlüsselt. Dass ferner auch der strukturelle Faktor der Machtverteilung und Regelungsnormen wichtig sind, ist beiläufig

zu erfahren. *Treibel* verdeutlicht zudem, dass es in erster Linie um das Was und Wo von Entscheidungen geht, während die Frage, wie diese in der Interaktion zwischen Akteuren hervorgebracht werden, unterbelichtet bleibe. Er endet mit Vorschlägen, wie sich mithilfe mikropolitischen Analyse-Tools diese Lücke schließen ließe. Hierzu, so *Treibel*, „will der vorliegende Sammelband einen zentralen Beitrag leisten“ (27).

*Oliver D'Antonio* und *Christian Werwarth* fokussieren sich in Ihrem CDU-Beitrag auf die inneren „Machtverhältnisse“ von entscheidungsbestimmenden Kräften, nämlich den „Einfluss einzelner Gremien und Organisationseinheiten“ und die „Modi der Steuerung einer politischen Großpartei“ (37), was mit der „Leitung und Steuerung durch Führungseliten“ in Beziehung gesetzt werden soll (38). Hierzu werden das Machtgefälle und die informellen Steuerungsmodi der Adenauer-, Kohl- und Merkel-Ära rekonstruiert, während mikropolitische Aspekte von Entscheidungsprozessen hier und da angedeutet werden.

*Michael Weigl* behandelt in seinem CSU-Beitrag Ausprägungen der internen Willens- und Entscheidungsbildungsprozesse, die er dichotom an den Merkmalen offen – exklusiv, dialogisch – hierarchisch, formell – informell und direkt – indirekt festmacht (73). Hier nach verlaufen die Entscheidungen eher exklusiv, nicht-öffentlich, dialogisch, richtungspolitisch formell und kommunikativ direkt über den Parteivorsitzenden Seehofer. *Timo Grunden* zeichnet die 150jährige Organisationsgeschichte der SPD entwicklungstypologisch nach und sieht sie auf dem „Weg zur professionalisierten Medienkommunikationspartei“ (107). Dies widerspricht allerdings seiner Ansicht,

dass sich in der SPD typologisch Merkmale aus der Vergangenheit und dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium mischen würden (98).

*Niko Zwick* rückt jüngere Bundesparteitage der Grünen in den Blick, auf denen Delegierte entgegen dem Willen der Parteispitze politischen Richtungsentscheidungseinfluss praktizieren, was organisationskulturell auf informelle Strömungseinflüsse und auf ein „elitenkritisches Deutungsschema“ der Parteibasis zurückgeführt wird (148). Die FDP-Willensbildung wird von *Jan Treibel* nach dem analytischen Raster von hierarchisch-führungszentrierten, dialogischen-konsensorientierten und schließlich konfliktorientierten Mehrheitsentscheidungen untersucht. Bei den Modi ist die Parteiführung entweder „alleiniger Akteur“, „neutraler Moderator“ oder der „entscheidende Faktor“ (179). Bei der Partei „Die Linke“ geht es *Torsten Oppelland* und *Hendrik Träger* um die drei Modi offener Konflikt, Führungsdominanz und Verhandlungen bei der internen Willensbildung, die beispielhaft an drei Parteitagungen untersucht werden. Neben der Formalstruktur fällt bei der Linken insbesondere dem „Typus von Partei“ (192) eine wichtige Erklärungskraft zu – darin eingeschlossen die Relevanz der informellen Strömungen.

Im Beitrag von *Christoph Bieber* und *Marlene Karitzki* geht es um die Entwicklung der Piraten-Partei, deren auf Transparenz und Basisdemokratie ausgerichteten organisatorischen und kommunikativen Besonderheiten (219) vorgestellt werden. Schwerpunkt bilden die technisch bedingten digitalen Möglichkeiten der Mitarbeit. Bis zu der auch bei den Piraten vorhandenen „Hinterzimmerpolitik“ (241) wird nicht vorgezogen.

Aus dem Rahmen fällt der Beitrag von *Ulrich von Alemann* und *Annika Laux*, die ausgewählte Befunde der Deutschen Parteimitgliederstudie von 2009 vorstellen. Demnach vertreten die Befragten mehrheitlich ein mitgliederzentriertes Parteiverständnis und bemängeln das geringe Ausmaß, mit dem die Parteilite auf die Parteibasis Rücksicht nimmt (256f). Ohne die vorangestellten disparaten Einzelergebnisse zu bündeln und zu bilanzieren, streift *Rudolf Korte* abschließend die dem Wandel unterworfenen Kontextbedingungen der Partizipation in Parteien. Normalerweise repräsentieren Sonderbände von wissenschaftlichen Fachjournals den neuesten Forschungsstand des ausgewählten Themenfeldes. Der Sonderband „Wie entscheiden Parteien“ reiht im Kern unverbundene Einzelportraits von deutschen Parteien aneinander, ohne einer verbindenden Fragestellung nachzugehen oder sich im Hinblick auf parteiinterne Entscheidungsprozesse eines gemeinsamen analytischen Bezugsrahmens zu bedienen, der die relevanten Faktoren erfasst, welche Verlauf und Ergebnis des Prozesses beeinflussen. Wie aus einer Phasen-Perspektive Entscheidungsprozesse verlaufen, wer dabei inkludiert beziehungsweise exkludiert ist, wird nicht erörtert. Entscheidungs-Outputs werden nicht sorgfältig genug von Entscheidungs-Inputs und dem Prozessverlauf selbst getrennt. Personal-, Programmbildungs- und strategische Entscheidungsprozesse bleiben ausgeblendet. So geraten in erster Linie (bekannte) „formale Struktur- und Machtverteilungsmuster“ in den Blick, ohne jedoch deren Erklärungswert für innerparteiliche Entscheidungsprozesse systematisch herauszuarbeiten. Entscheidungsprozessanalyse kommt zu kurz,

Mikropolitik ist schon gar kein Untersuchungsthema. Zu fragen bleibt, ob sich solche Art theoriearmer und analytisch unterkomplexer Parteienforschung, noch dazu ohne Anschluss an den internationalen Forschungsstand und komparative Ambitionen, nicht kritischer ihres wissenschaftlichen Leistungsanspruches vergewissern müsste.

*Elmar Wiesendahl*

## INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Nye, Joseph. *Presidential Leadership and the Creation of the American Era*. Princeton. Princeton University Press 2013. 200 Seiten, 20,20 €.

*Joseph Nye* gehört zu den prägenden Politologen der Gegenwart. Bekannt ist er vor allem durch seine Konzeption von weicher und intelligenter Macht. Obendrein gehört er zu den Akademikern, die Erfahrung in der politischen Praxis sammelten. Unter Bill Clinton war er im Pentagon tätig. Zuvor hatte er den Vorsitz im National Intelligence Council, der Denkfabrik von Amerikas Geheimdiensten, inne. Damit zeugen seine Werke davon, wie die außenpolitische Elite der USA die Stellung und Mission ihres Landes in der Welt einschätzt.

Auch Nyes neueste Monographie, „*Presidential Leadership and the Creation of the American Era*“, macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Sie beschäftigt sich mit dem Aufstieg der Vereinigten Staaten zur einzigen Supermacht des 20. Jahrhunderts. Im Zentrum stehen zwei Fragen: Spielte präsidentielle Führung eine Rolle bei der Entstehung von dem, was Henry Luce als „Amerikanisches Jahrhundert“ bezeichnete? Und wer baute es effektiver